



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

15. Sitzung (öffentlich)

1. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Präsentation der Fernuniversität in Hagen | 5 |
| | – Prof. Dr. Ing. Helmut Hoyer (Rektor der Fernuniversität Hagen) referiert zu Thema des Tagesordnungspunktes | 5 |
| | – Aussprache | 13 |

- 2 Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes** **18**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1875
- Aussprache 18
 - LMR Karl-Heinz Krems (MIWF) berichtet 19
 - Aussprache 19
- Der Ausschuss beschließt eine Anhörung/ein Expertengespräch, das in der ersten Sitzung nach der Sommerpause stattfinden soll. In der Obleuterunde werden die Einzelheiten geklärt.
- 3 Initiative „Fortschritt NRW“** **21**
- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet 21
 - Aussprache 23
- Auf Vorschlag des **Ausschussvorsitzenden** kommt der Ausschuss nach seiner Aussprache überein, das Thema zu einem späteren Zeitpunkt erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.
- 4 Persönlichkeitsrechte von Studierenden stärken – Arzt-Patient-Geheimnis muss auch gegenüber dem Prüfungsamt gelten** **26**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/848
Vorlage 15/454
- Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/926
Vorlage 15/604
- Aussprache 26

5	Fachhochschulen weiter stärken: Promotionen erleichtern	29
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/671	
	Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/950 – Neudruck	
	Ausschussprotokoll 15/156	
	– Aussprache	29
6	Keine Angst vor Transparenz und Vergleichbarkeit – Landesregierung muss Fortschreibung des Innovationsberichts sicher stellen	34
	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 15/Ziffer 1922	
	Der Ausschuss verständigt sich nach seine Aussprache darauf, den Bericht in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.	
7	Zwangsexmatrikulation in Köln	36
	– Staatssekretär Helmut Dockter (MIWF) berichtet.	
8	Verschiedenes	37
	a) Terminhinweise	37
	b) Obleutegespräch	37
	c) Hochschulvereinbarung	37
	d) Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen	37

2 Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1875

Ausschussvorsitzender Arndt Klocke führt aus, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei am 18. Mai 2011 vom Plenum zur federführenden Beratung an den hiesigen Ausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen worden. Die Fraktion Die Linke habe bereits einen Änderungsantrag eingereicht, der an alle Ausschussmitglieder per E-Mail vom 24. Mai 2011 weitergereicht worden sei.

Nach einer inhaltlichen Befassung mit dem Gesetzentwurf solle das Beratungsverfahren geklärt werden.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) versteht den vorgelegten Gesetzentwurf als Fortentwicklung der schon aus der vergangenen Legislaturperiode bekannten Sachlage. Er rege namens seiner Fraktion an, eine Anhörung zu terminieren.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) möchte dem Wunsch der CDU-Fraktion folgen. Allerdings habe zu dem in Rede stehenden Thema und den Studienkollegs schon in der Vergangenheit eine ausführliche Anhörung stattgefunden. Sie empfehle, die Auswertung dieser Anhörung durchzuführen, um die Erkenntnisse in die aktuelle gesetzliche Initiative zu übernehmen.

In der Tat, bestätigt **Karl Schultheis (SPD)**, existierten umfangreiche Vorarbeiten, die sich mit den Zugangsmöglichkeiten für Ausländerinnen und Ausländer an die NRW-Hochschulen befassten. Dennoch spreche wohl nichts gegen eine „kleinere Expertenrunde“. Ohnehin müssten weitere Bausteine folgen, solle das Studium für Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen attraktiver werden. Möglicherweise werde seine Fraktion einen Entschließungsantrag formulieren, um sich unabhängig vom konkreten Gesetzentwurf weiteren Handlungsfeldern zuzuwenden. Dem Vorschlag an sich stimme er für seine Fraktion zu.

Schon der Änderungsantrag, so **Ministerin Svenja Schulze (MIWF)**, mache deutlich, dass es offensichtlich ein Missverständnis gebe. Dem könne durch eine genauere Formulierung im Gesetz abgeholfen werden.

LMR Karl-Heinz Krems (MIWF) erläutert:

Meine Damen und Herren, das von Frau Ministerin angesprochene Missverständnis ist womöglich durch die redaktionelle Einfügung der Neuregelung in § 49 Absatz 13 (bisher 12) hervorgerufen worden. In dessen gültiger Fassung heißt es in Satz 4, „... Mit dem Bestehen der Prüfung wird kein Anspruch auf Einschreibung in den Studiengang erworben. ...“. Dieser Satz soll sich unverändert nur auf die beiden in der geltenden Fassung genannten Prüfungsarten beziehen, nämlich auf die externen Feststellungsprüfungen bei den Bezirksregierungen, die einem Schulabschluss entsprechen, und auf die Sprachprüfung. Nur für diese beiden Prüfungen soll gelten, dass mit ihrer Ablegung kein Anspruch auf Fortsetzung des Studiums besteht.

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung wird jetzt mit dem neuen Absatz 8 des § 49 ein neuer Weg für den Hochschulzugang ermöglicht. Dort ist eine „Zugangsprüfung“ durch die Hochschulen vorgesehen, die einen hochschulspezifischen Zugang für Ausländer eröffnet. Die Hochschulen können für diesen Bewerberkreis soweit erforderlich Ergänzungskurse anbieten. Laut Absatz 13 (bisher 12) Satz 3 können in diesem Fall die ausländischen Studierenden „vorläufig“ bis zum endgültigen Bestehen der Prüfung eingeschrieben werden.

Die genannte Regelung des Satz 4, dass mit dem Bestehen der Prüfung kein Rechtsanspruch auf Einschreibung in den Studiengang erworben wird, soll sich aber nach der Vorstellung der Landesregierung nicht auf die vorläufige Einschreibung für den Besuch von Ergänzungskursen erstrecken. Hier ist der Entwurf möglicherweise missverständlich formuliert. Das könnte man dadurch klarstellen, dass im neuen Absatz 13 der Satz 4 verändert wird, sodass er dann lauten würde: „Mit Bestehen der Sprach- oder Feststellungsprüfung wird kein Anspruch auf Einschreibung in den Studiengang erworben.“ Das bedeutet dann im Umkehrschluss, dass sich diese Regelung ausdrücklich nicht auf die neue Zugangsart einer hochschulspezifischen Zugangsprüfung für ausländische Bewerber bezieht.

Marcel Hafke (FDP) teilt namens seiner Fraktion das grundsätzliche Anliegen. Während noch im Plenum von einem „offenen Dialog“ die Rede gewesen sei, werde jetzt ein Aspekt herausgegriffen. Das finde er „interessant“. Einer „kleineren Anhörung“ pflichte er bei, zumal es auch noch mit Blick auf die Kosten für die Hochschulen Fragen zu klären gelte. Wie müsse die Rechtsverordnung ausgestaltet werden?

Unabhängig von dem zu bestimmenden Rahmen, bemerkt **Ausschussvorsitzender Arndt Klocke**, halte auch er eine Klärung für richtig.

Gunhild Böth (LINKE) schließt sich dem Vorschlag des Abgeordneten Dr. Brinkmeier an. Formelle Vereinbarungen aus der vorangegangenen Legislaturperiode, auf die die Abgeordnete Seidl abgehoben habe, könnten aktuell nicht herangezogen werden. In der Obleuterunde sollten gegebenenfalls Einzelheiten geklärt werden.

Karl Schultheis (SPD) schlägt vor, die Obleute sollten sich auf ein überschaubares Tableau verständigen, das auf die spezifizierten Fragestellungen ausgerichtet sei. Es liege außerdem eher im Interesse des Parlaments, also dem Gesetzgeber selber, eine erweiterte Lösung anzustreben.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) regt den formalen Beschluss, eine Anhörung durchzuführen, in der heutigen Sitzung und die Klärung der Einzelheiten in der Obleuterunde an. Damit sei sichergestellt, dass die Anhörung schon in der nächsten Sitzung nach der Sommerpause stattfindet.

Einer Anhörung verschließe auch sie sich nicht, bekundet **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)**. Der Schulausschuss könne mitberatend eingebunden werden.

Der Ausschuss beschließt eine Anhörung/ein Expertengespräch, das in der ersten Sitzung nach der Sommerpause stattfinden soll. In der Obleuterunde werden die Einzelheiten geklärt.

